

Einsparziele für Haushalt und Haushaltssicherungs-Konzept

Alternativ-Antrag der BfB/UWG-Gruppe zu Steuererhöhungen

Zu TOP 11.1 der Ratssitzung am 23.2.12

Die BfB/UWG-Gruppe beantragt, als Alternative zu den von Mehrheitsgruppe und Verwaltung befürworteten Steuererhöhungen und Mehrbelastungen für die Bürger die unten aufgeführten Einsparziele in den Haushalt bzw. in das Haushaltssicherungs-Konzept aufzunehmen. Der Antrag folgt dem Grundsatz: Nicht mehr Geld ausgeben, als man hat! Wenn das Geld nicht reicht, sollte man die Ausgaben reduzieren, statt die Bürger verstärkt zur Kasse zu bitten. Nur das ist Politik im Interesse der Bürger. Das Einsparvolumen unserer Vorschläge beträgt 600.000 – 700.000 €. Das Sparvolumen zeigt: Auf die geplanten Steuererhöhungen im Volumen von 400.000 € kann komplett verzichtet werden. Einsparungen oder Steuererhöhungen – das ist allein eine Frage des politischen Willens!

1. Abgabe der Jugendwerkstatt an den Kreis – geschätzte Einsparmöglichkeit 200.000 €

Begründung: Der Landkreis hat grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme der Jugendwerkstatt signalisiert. Ein entsprechendes Angebot sollte angenommen bzw. gefordert werden. Die meisten Besucher der Jugendwerkstatt kommen nicht aus Schortens, sondern aus umliegenden Kommunen. Schon von daher ist die Jugendwerkstatt Kreissache. Sozialpädagogische Jugendarbeit ist aber auch allgemein Kreissache – auch für die Jugendlichen aus Schortens. Der Kreis soll den kommunalen Kostenanteil für die Jugendwerkstatt daher vollständig übernehmen.

2. Keine Bezahlung der Schulsozialarbeit durch die Stadt – Einsparmöglichkeit ca. 75.000 €

Begründung: Schulsozialarbeit ist Landessache. Die Stadt kann die Schulen dabei unterstützen, vom Land bezahlte Schulsozialarbeiter zu fordern. Kostenübernahme durch die Stadt verbietet sich angesichts defizitärer Haushaltslage und erst recht, wenn dafür wie ab 2012 vorgesehen die Steuern für die Bürger erhöht werden sollen.

3. Verzicht auf Drittkräfte in Krippen – Einsparmöglichkeit 150.000 €

Begründung: Wenn in den Krippen Drittkräfte erforderlich sind, ist die Kostenübernahme Sache des Landes. Die Stadt kann vom Land die Kostenübernahme für Drittkräfte fordern. Kostenübernahme durch die Stadt verbietet sich angesichts defizitärer Haushaltslage und erst recht, wenn dafür wie ab 2012 vorgesehen die Steuern für die Bürger erhöht werden sollen.

4. Schrittweiser Übergang zu ehrenamtlicher Betreuung im Familienzentrum – geschätzte Einsparmöglichkeit 100.000 – 200.000 € jährlich

Die heute hauptamtliche Familienbetreuung im Pferdestall sollte schrittweise in ehrenamtliche Betreuung durch Vereine und Helfer überführt werden - mit dann nur noch hauptamtlicher Unterstützung als Gerüst. Begründung: Die hauptamtliche Betreuung wird zu teuer und ist in diesem Umfang auch nicht erforderlich. Die Kosten des Jugend-/Familienzentrums liegen inzwischen bei jährlich 400.000 €. Das Interesse an Freizeitgestaltung im Jugendzentrum ist aber seit vielen Jahren rückläufig. Die wenigen Jugendlichen, die überhaupt noch ins JZ gehen (bundesweit 6%), suchen dort keine Betreuung, sondern Zeitvertreib. Hauptamtliche Betreuung ist selten erforderlich und kann bei Bedarf immer noch angefordert oder vermittelt werden. Das Familienzentrum sollte Vereinen und ehrenamtlichen Helfern übergeben werden - mit hauptamtlichen Beratern als Unterstützung.

5. Verzicht auf hauptamtliche Wiederbesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten – Ersparnis 45.000 €

Die meisten Kommunen in Friesland verzichten auf hauptamtliche Besetzung der Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten. Soweit bekannt problemlos. Es gibt nirgendwo Bestrebungen, von neben- zu hauptamtlicher Besetzung überzugehen. Aufgrund der defizitären Haushaltslage sollte die Stadt Schortens die 2013 frei werdende Stelle entsprechend nur nebenamtlich wiederbesetzen.

6. Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus – geschätzte Einsparmöglichkeit 50.000 €

Hauptaufgaben des Stadtmarketings sind Unternehmensansiedlung und Neubürgergewinnung. Beide Aufgaben werden am besten im Rathaus erledigt, weil interessierte Unternehmer und Neubürger von sich aus zuerst das Rathaus ansteuern und weil die einzubeziehenden Fachabteilungen und Stellen (Bauamt, Kämmerei, Bürgermeister usw.) im Rathaus untergebracht sind. Auch für Touristen wäre ein I-Punkt im Rathaus oder Bürgerhaus als Anlaufstelle repräsentativer untergebracht als in der jetzigen, versteckt und zurück liegenden Einfamilienhausgarage.

Freundliche Grüße
i.A. Janto Just